

N I E D E R S C H R I F T

über die 34. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	03.07.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	17:55 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Bertelmann, Hans-Günter
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Prof. Dr., Heinz
Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg bis 17.53 Uhr
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Mues, Gunter
Rothenpieler, Wilhelm
Schiemer, Hansgeorg - ab 17.53 Uhr (Verschiedenes)
Schulte, Werner
Steuber, Burkhard - für Stv Moll, Ilona
Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker - ab 16.30 Uhr w. TOP 7

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Justitiarin Nölle
Städt. VR Dorsch
VA Schneider

Städt. VD Lehmann
Städt. VR Reisch
VA Hiller
Stl Engelmann
Insp.-Anw. Stahl
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Moll; Ilona

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag von Herrn Kirchhöfer einverstanden, Punkt 3 des nichtöffentlichen Teils (Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtparkasse Kreuztal) im öffentlichen Teil als Punkt 10 zu behandeln.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Fries bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**5.1. Computerclub für Senioren der VHS Siegen
Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Erich Balzer**

Vorlagennr. 2049/2002 - Vorlage vom 17.06.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt die Beschwerde des Herrn Balzer für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**6. Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2001**

Vorlagennr. 2034/2002 - Vorlage vom 13.06.2002

- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Berichte über die Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2001 zur Kenntnis.

7. Verteilung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gem. § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002

Vorlagennr. 2035/2002 - Vorlage vom 13.06.2002

Herr Schulte erklärt, dass die CDU-Fraktion nicht bereit ist, der Vorlage in vollem Umfang zuzustimmen. Die Verwendungsnachweise (TOP 6) lassen nach Auffassung seiner Fraktion teilweise keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten erkennen. Auch in dem Vorschlag für 2002 sind solche Maßnahmen enthalten bzw. werden bereits aus anderen Programmen gefördert. Insofern sind die Vorschläge ungleich gewichtet.

Die CDU-Fraktion beantragt, dem Beschlussvorschlag zu den Ziffern 7, 8, 9, 11 und 15 nicht zu folgen und die nicht verteilten Mittel zurückzugeben. Darüber hinaus sollen die Zuschussanträge künftig unmittelbar in der Verwaltung bearbeitet werden.

Herr Bürgermeister Stötzel wirft ein, dass nach Information des Kämmerers im Referentenentwurf des GFG für 2003 keine Fördermittel mehr vorgesehen sind.

Herr Dr. Stötzel hält einen formellen Beschluss für problematisch, weil die Anträge in keinem städtischen Gremium fachlich diskutiert wurden. Da die Erarbeitung eines Vorschlages auf das Eine-Welt-Forum delegiert wurde kommt seines Erachtens nur eine Kenntnisnahme in Betracht. Wenn eine fachliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Anträgen für notwendig gehalten wird, könnte z. B. der Ausländerbeirat eingebunden werden.

Herr Boller teilt die Auffassung, dass die Anträge im Detail vom Haupt- und Finanzausschuss nicht beurteilt werden können. Die Delegation an das Eine-Welt-Forum wurde seinerzeit auf Grund der dort vorhandenen Fachkompetenz vorgenommen. Den Vorschlag der CDU-Fraktion empfindet er daher als Provokation gegenüber der Eine-Welt-Bewegung, zumal keine inhaltliche nachvollziehbare Begründung abgegeben wird.

Herr Kirchhöfer äußert Bedenken, einzelne Punkte auszuklammern, zumal es sich nicht um städtische Zuschüsse handelt. Auch vor dem Hintergrund, dass entsprechende Fördermittel in 2003 nicht mehr vorgesehen sind sollte der Ausschuss dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Herr Bertelmann weist darauf hin, dass es sich seinerzeit im Gegensatz zu den aktuellen Anträgen um konkrete Aktionen in Dritte-Welt-Ländern gehandelt hatte. Da kein formeller Verwendungsnachweis zu führen ist, besteht auch keine Kontroll- oder Eingriffsmöglichkeit der Stadt. Dem Antrag der CDU-Fraktion möchte er so nicht folgen, hält aber auch eine inhaltliche Bewertung auf Basis der Vorlage für nicht möglich. Er bittet, über die einzelnen Punkte des CDU-Antrages getrennt abstimmen zu lassen.

Herr Dorsch weist darauf hin, dass der Maßnahme unter lfd. Nr. 15 ein Grundsatzbeschluss des Rates aus dem Jahr 2000 zu Grunde liegt.

Beschluss:

(gemäß Antrag der CDU-Fraktion):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt,

- a) die pauschalisierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2002 entsprechend dem Verwaltungsvorschlag mit Ausnahme der lfd. Nr. 7, 8, 9, 11 und 15 zu verteilen,

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen - SPD, B 90),
1 Enthaltung (UWG)**

- b) die nicht verteilten Mittel an das Land NRW zurückzugeben,

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen - B 90)
(bei Nichtbeteiligung der Vertreter der SPD-Fraktion)

- c) künftig die Zuschussanträge ausschließlich in der Stadtverwaltung zu bearbeiten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen - B 90),
4 Enthaltungen (SPD)**

8. Haushalt 2002

hier:

- a) **Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002**
- b) **Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO**

Vorlagenr. 2048/2002 - Vorlage vom 18.06.2002

Herr Baumeister führt zur *Haushaltsgenehmigung* aus, dass er darin einen Hinweis auf die besonderen Ursachen der negativen Entwicklung, insbesondere auf die erheblichen Einnahmeverluste, gewünscht hätte. Darüber hinaus fällt die Diskrepanz zwischen den sehr detaillierten Einsparhinweisen einerseits und die Größenordnung der angekündigten Erhöhung der Kreisumlage andererseits ins Auge. Handlungsbedarf sieht er bei der Grundsteuer B, der Einbeziehung der freiwilligen Leistungen in Form von Zuschüssen sowie der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung im Vermögenshaushalt.

Bezug nehmend auf die verfügte *haushaltswirtschaftliche Teilsperre* macht er darauf aufmerksam, dass diese auf Grund des geringen disponiblen Anteils in der Gesamtbetrachtung nur einen kleinen Beitrag erbringen kann, aber dennoch vor dem Hintergrund der Gesamthaushaltsslage erforderlich ist. Ausgleichsmöglichkeiten sind bei Benennung geeigneter Deckungsvorschläge zwar zulässig, werden aber einer genauen Überprüfung unterzogen. Die Bestrebungen der Fachausschüsse, ihren Bereich von der Haushaltssperre auszunehmen sind aus fachlicher Sicht nachvollziehbar, aber der Gesamtverantwortung für den städtischen Haushalt unterzuordnen. Auch die Konsolidierungsbeiträge der Vereine und Verbände in Form gekürzter Zuschüsse sind der Höhe nach vertretbar, da keine Organisation in ihrer Arbeit gefährdet wird.

Herr Kirchhöfer macht bezüglich der freiwilligen Zuschüsse darauf aufmerksam, dass diese in den letzten Jahren nicht erhöht wurden und somit die allgemeinen Preissteigerungen unberücksichtigt geblieben sind. Eine Reduzierung könnte bereits kalkulierte Projekte gefährden. Des weiteren ist es ein besonderes Anliegen, dass die Vereine zur Entlastung der Stadt bestimmte Aufgaben, wie z. B. die Unterhaltung der Sportanlagen, übernehmen. Er regt daher an zu überprüfen, ob die freiwilligen Zuschüsse nicht doch ausgeklammert werden sollten. Hinsichtlich der Minderausgaben

in den übrigen Bereichen ist er bisher davon ausgegangen, dass diese dem Gesamthaushalt zu Gute kommen und nicht als Deckung für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die SPD-Fraktion wird in der Sitzung des Rates abschließend Stellung nehmen.

Auch Herr Mues sieht einen gewissen Widerspruch zwischen der Stellungnahme des Kreises und der angekündigten Erhöhung der Kreisumlage, bei der auch noch die Erhöhung der Landschaftsumlage zu berücksichtigen sein wird.

Der Hinweis ist zutreffend, dass die Vereine mit der Gewährung der städtischen Zuschüsse rechnen. Da jedoch mehrfach auf die Möglichkeit einer Haushaltssperre hingewiesen wurde, konnte dies auch in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben. Die Herausnahme einzelner Bereiche mag aus fachlicher Sicht berechtigt sein, sollte aber im Interesse des Gesamthaushaltes nicht erfolgen. Die CDU-Fraktion wird der Verfügung des Kämmerers uneingeschränkt zustimmen.

Herr Bertelmann hält primär die Fehlbetragsentwicklung in den folgenden Jahren für besorgniserregend. Die Haushaltssperre in einer Größenordnung von rd. 1,5 Mio. Euro stellt vor diesem Hintergrund nur einen kleinen Einschnitt dar. Er hat den Eindruck, dass die sich abzeichnende Haushaltslage nicht hinreichend beachtet wird. Der Bereich der freiwilligen Leistungen wird seiner Einschätzung nach nicht mehr unberücksichtigt bleiben können. Insofern ist die Verfügung des Kämmerers für die UWG-Fraktion nachvollziehbar. Problematisch sind die Einsparungen im Bereich der Bauunterhaltung, da diese wiederum einen steigenden Instandsetzungsbedarf zur Folge haben werden. Die Aufhebung der Sperre für die freiwilligen Zuschüsse wäre auch aus Sicht der UWG-Fraktion wünschenswert, ist aber angesichts der prognostizierten Entwicklung nicht möglich. Dennoch regt er an, ggf. im Einzelfall eine Ausnahme zuzulassen, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Herr Boller gibt zu bedenken, dass die Haushaltssperre in manchen Bereichen auf Grund eines erhöhten Personal- bzw. Kostenaufwandes kontraproduktiv sein könnte. Als Beispiel führt er mit Energieeinsparungen verbundene Bauunterhaltungsmaßnahmen an. Er bemängelt, dass weder von der Verwaltung, noch von den politischen Vertretern konkrete große Einsparmöglichkeiten benannt werden. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dies z. B. das Apollo-Projekt und der Busbereitstellungsplatz.

◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt

- a) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie der in dieser Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung

und

- b) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Kenntnis.

9. Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss

Vorlagenr. 1963/2002 - Vorlage vom 27.05.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtsparkasse Kreuztal

Vorlage Nr. 2001/2002 - Vorlage vom 05.06.2002

Die Erläuterungen von Herrn Prof. Dr. Holzäpfel in seiner Funktion als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen sind der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. stimmt dem Beitritt der Stadt Kreuztal zum Sparkassen-Zweckverband der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf zu;
2. stimmt den Änderungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 25.05.1999 zu;
3. stimmt den Änderungen der Satzung des Sparkassen-Zweckverbandes vom 25.05.1999 zu;

4. nimmt den Entwurf der Satzung der Sparkasse Siegen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Volkshochschule
Bearbeitet von: Fritz Hiller

Datum
17.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Betreff:

Computerclub für Senioren der VHS Siegen
Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Erich Balzer

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt die Beschwerde des Herrn Balzer für erledigt.

Sachverhalt / Begründung:

Herr Erich Balzer beschwert sich in seinem Schreiben (s. Anlage zur Vorlage) darüber, dass die VHS Siegen den Computerclub für Senioren „zerschlagen“ habe.

Dazu wird wie folgt Stellung genommen:

In den EDV-Schulungsräumen der VHS Siegen werden seit Jahren der „Computerclub“ und der „Computerclub für Senioren“ durchgeführt. Hierbei handelt es sich um sog. „Angebote nicht organisierten Lernens“, d.h. es handelt sich um offene Angebote, in denen kein genau definiertes Kurs- und Lernprogramm durchgeführt wird, sondern in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum „Fachsimpeln“ treffen und jeweils für sie interessante Themen besprechen. Dadurch fallen diese Angebote auch nicht unter die nach dem Weiterbildungsgesetz von NW „anererkennungsfähigen und damit im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestangebots anrechenbaren Unterrichtsstunden“ und sind somit ein freiwilliges Angebot der VHS Siegen, das nicht unter die Vorschriften des WbG fällt und somit auch nicht bei den Landeszuweisungen berücksichtigt wird.

Seitdem Ende 2001/Anfang 2002 im VHS-Gebäude Bismarckstr. 68 zwei weitere EDV-Schulungsräume völlig neu ausgestattet wurden - womit die VHS Siegen insgesamt über drei hochmoderne EDV-Fachräume verfügt - werden erhöhte Anstrengungen gemacht, diese durch „normale“ EDV-Kurse sowie Schulungsangebote an Dritte (Firmen, Kommunen, etc.), wie dies auch im novellierten Weiterbildungsgesetz explizit vorgesehen ist, möglichst intensiv zu belegen, um einerseits sicher zu stellen,

dass die im gesetzlich vorgeschriebenen Mindestangebot vorgeschriebene Zahl von anerkennungsfähigen Unterrichtsstunden erreicht wird, und andererseits Beiträge zur Amortisierung der Investitions- und Administrationskosten zu erwirtschaften.

In diesem Zusammenhang wurden Überlegungen angestellt, die Clubs anderweitig unterzubringen, um die Schulungsräume nicht an bestimmten Terminen regelmäßig zu blockieren. Dass die EDV-Räume nicht an allen Terminen – wie von Herrn Balzer festgestellt – besetzt waren, erklärt sich dadurch, dass der teilweise Neuaufbau des EDV-Angebots Zeit braucht und manche Angebote ausgefallen waren, was aber prinzipiell nichts an der von der VHS gewünschten und benötigten Flexibilität bei der terminlichen Planung von Weiterbildungsmaßnahmen ändert.

Gleichzeitig wurde nach der im Rahmen der Umstellung auf den Euro erfolgten Änderung der Entgeltordnung für die VHS Siegen festgestellt, dass die bisher für die Clubs erhobenen Entgelte nicht mit der Entgeltordnung zu vereinbaren waren, sondern eigentlich wesentlich höher sein müssten.

Dieser Sachverhalt wurde den Kursleitern der Clubs zur Kenntnis gebracht und gleichzeitig mitgeteilt, dass die VHS sich bemühen würde, anderweitig geeignete Räumlichkeiten zu finden, was u.U. zur Folge haben könnte, dass die Clubs ein Semester lang nicht stattfinden würden. In diesem Zusammenhang wurde nie von einer Auflösung der Clubs gesprochen, die auch von Seiten der VHS überhaupt nicht angestrebt wird, wofür auch die Tatsache spricht, dass der Computerclub für Senioren im Programm der VHS für das 1. Halbjahr 2002 enthalten war, allerdings mit dem Zusatz, dass noch nicht geklärt sei, wann und wo er durchgeführt würde.

Die Kursleiter ihrerseits gaben der VHS zu verstehen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht gewillt wären, höhere Entgelte zu bezahlen.

Zu Beginn des 1. Halbjahres 2002 stellte sich die Situation also folgendermaßen dar:

- Die VHS wollte die Clubs gerne in anderen Räumlichkeiten unterbringen, wobei diesen dann die von der VHS im Rahmen der Neuausstattung ausgemusterten PCs zur Nutzung überlassen worden wären. Damit hätte die VHS mehr Spielraum bei der Planung von Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen gewonnen.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Clubs hätten gemäß der Entgeltordnung ein wesentlich höheres Entgelt bezahlen müssen, wozu sie aber nicht bereit waren.

Zwischenzeitlich hatte sich die VHS bemüht, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden:

- Die ausgemusterten PCs wurden auf ihre Verwendbarkeit hin überprüft.
- In der Raumfrage prüfte die VHS die Unterbringung der Clubs in den Schulgebäuden Stockweg 17 und Koblenzer Str. 90. Da aber auch hier andere Unterrichtsräume blockiert worden wären, wäre nur eine Lösung in Frage gekommen, bei der die PCs in einem Abstellraum abgestellt und für die Clubs in den Unterrichtsraum gebracht würden, was als problematisch und auch für die technische Haltbarkeit der Systeme nicht besonders vorteilhaft angesehen wurde.
- In Zusammenarbeit mit der Seniorenbeauftragten der Stadt Siegen wurde überlegt, ob das Haus Herbstzeitlos nicht als möglicher Standort in Frage käme. Nach Gesprächen mit dem Hausbeirat bot dieser einen Raum zur festen Unterbringung der von der VHS ausgemusterten PCs an, in dem künftig auch der Computerclub für Senioren stattfinden könne, was auch den Kursleitern bekannt war.

- In Abstimmung mit dem zuständigen Beigeordneten wurde eine Lösung gefunden, die der Entgeltordnung entsprach. Damit beträgt das Entgelt in Zukunft € 25,00 für 20 Unterrichtsstunden.

Die betroffenen Kursleiter waren über den jeweiligen Sachstand durch Schreiben, Gespräche oder tel. Kontakte weitgehend zeitnah informiert. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Computerclub für Senioren wurde der Sachverhalt schriftlich mitgeteilt.

Zur Zeit stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Im Haus Herbstzeitlos steht ein Raum zur Unterbringung der von der VHS ausgemusterten PCs zur Verfügung. Mobiliar könnte ebenfalls von der VHS zur Verfügung gestellt werden. Ein Internetanschluss soll dort auch eingerichtet werden. Der Computerclub für Senioren könnte dort weiterhin als Veranstaltung der VHS (bei entsprechenden Entgelten) oder als von der VHS unabhängige Einrichtung weiter geführt werden.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Kursleiter haben angeboten, auf einen festen Termin zu verzichten, da sie alle sehr flexibel seien und kurzfristig auf andere Termine ausweichen könnten, so dass der Spielraum der VHS bei der Raumplanung wie gewünscht erhalten bleibt.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben erklärt, dass sie bereit seien, das Entgelt gemäß der Entgeltordnung der VHS Siegen zu bezahlen.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Computerclubs ab Herbst wieder angeboten werden können, was dann allerdings zu Entgelten erfolgen wird, die der geltenden Entgeltordnung entsprechen. Dies kann entweder im Haus Herbstzeitlos oder wieder in den EDV-Schulungsräumen der VHS erfolgen. Im letzteren Falle kann dies allerdings nur im durch die Serveradministration und Softwarekonstellation vorgegebenen Rahmen erfolgen. Die VHS ist zur Zeit dabei, dies mit den Kursleitern abzustimmen.

Aus diesem Grunde hat sich die Beschwerde des Herrn Balzer erledigt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro des Bürgermeisters / Geschäftsstelle Ausländerbeirat
Bearbeitet von: Herrn Engelmann

Datum: 13.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Betreff:

Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2001

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die beigefügten Berichte über die Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2001 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Die Verwaltung hat gemäß Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.11.1999 den Auftrag erhalten, Verwendungsberichte über die Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit von den Antragstellern zu fordern.

Die als Anlage zur Vorlage beigefügten Berichte der 16 geförderten Antragsteller wurden bei dem Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein gesammelt und anschließend an die Stadt Siegen übersandt.

Durch die Tanzania Partnerschaftsgruppe des evangelischen Kirchenkreises Siegen (Antrag 14) konnten 70,09 € (137,08 DM) und durch das Eine Welt Forum (Antrag 7) Mittel in Höhe von 81,28 € (158,97 DM) **nicht** zweckentsprechend eingesetzt werden.

Der Gesamtbetrag der nicht verwendeten Gelder in Höhe von 151,37 € (296,05 DM) wird an die Bezirksregierung Arnsberg zurücküberwiesen. Darüber hinaus wird der Bezirksregierung Arnsberg schriftlich bestätigt, dass die Landesmittel aus Sicht der

Stadt Siegen für geeignete Projekte der kommunalen Entwicklungsarbeit eingesetzt worden sind.

Die in der nachfolgenden Anlage aufgeführten Beträge sind zur Vereinfachung, entsprechend der eingereichten Verwendungsnachweise, in der bis dato gültigen DM – Währung ausgewiesen.

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	angefallene Gesamtkosten (DM)	Eigenmittel (DM)	Zuschuss abgerechnet (DM)	Zuschuss bewilligt in 2001 (DM)
1.	Arbeitskreis Valdivia → Intensivierung wechselseitiger Informationen unter Inanspruchnahme der Hilfswerke ADVENIAT und / oder MISEREOR → Realisierung konkreter Maßnahmen: a) ethische Finanzdienstleistungen (Vorfinanzierung einer Bildungseinrichtung) b) Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	3.883,34	258,34	3.625,00	3.625,00
2.	Aktion Eine Welt St. Michael e.V. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen der Entwicklungspolitik und zum Fairen Handel	3.570,47	494,47	3.076,00	3.076,00
3.	Arbeitskreis Leprahilfe St. Marien Effektivierung entwicklungspolitischen Engagements für die Leprösen der Dritten Welt	2.654,06	554,06	2.100,00	2.100,00
4.	Childcare International Siegen e.V. Anschaffung von Informationsmaterialien, Büromaterial und Durchführung eines Freundestreffens	3.677,64	677,64	3.000,00	3.000,00
5.	CVJM Eisern e.V. Besuchs-Austausch-Programm mit Ghana	4.900,00	900,00	4.000,00	4.000,00
6.	DICOP (Disadvantaged Children's Outreach Programme) Besuchs- und Informationsreise von Andreas Wörster, dem Projektleiter in Südafrika	2.976,08	1.041,08	1.935,00	1.935,00
7.	Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein - Durchführung des „Eine Welt Festes 2001“ - Seminar zum Thema „Ethische Geldanlagen“	6.686,00 714,28	1.086,00 (Carl Duisberg Stiftung) 600,00 (Eigenmittel) 70,00	5.000,00 644,28	5.000,00 803,25

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	angefallene Gesamtkosten (DM)	Eigenmittel (DM)	Zuschuss abgerechnet (DM)	Zuschuss bewilligt in 2001 (DM)
8.	Evangelische Studentengemeinde ESG Siegen 1. Seminare: - Globalisierung bzw. Regionalisierung - Religion und Politik in Afrika 2. Anschaffung von Stellwänden für Ausstellungszwecke	25.359,93	1.500,00 (durch Uni Siegen) 19.559,93 (Eigenmittel)	4.300,00	4.300,00
9.	Kékéli e. V. Aktivitäten zur Gesundheitssituation in Togo / Westafrika	4.203,00	1.503,00	2.700,00	2.700,00
10.	Ökumenische Aktionsgruppe für Eine Welt e.V. Festveranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum	7.858,42	2.755,00 (Einnahmen) 1.130,17 (Eigenmittel)	3.973,25	3.973,25
11.	pax christi Gewaltfreie Konfliktbearbeitung	2.300,00	300,00	2.000,00	2.000,00
12.	terres des hommes Deutschland e.V. Straßenkinder in Mosambik	77.202,00	72.202,00	5.000,00	5.000,00
13.	Tanzania-Arbeitskreis der Ev. Kirchengemeinde Klafeld Partnerschaft zwischen den Gemeinden Bagamoyo / Tanzania und Geisweid mit Frauenprojekt	1.930,00	280,00	1.650,00	1.650,00
14.	Tanzania-Partnerschaftsgruppe der Kirchengemeinde Weidenau Partnerschaft zwischen den Gemeinden Tumbi/ Tanzania und Weidenau	812,92	0,00	812,92	950,00
15.	Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. - Vernetzung der Eine Welt Gruppen in Siegen-Wittgenstein - Einrichtung eines Eine Welt Zentrums in Siegen	21.673,81	16.673,81	5.000,00	5.000,00
		3.608,05	2.608,05	1.000,00	1.000,00
16.	Zentrum für Friedenskultur Einrichtung einer Servicestelle zur Betreuung eines Projektes zur interkulturellen Verständigung	6.066,39	1.566,39	4.500,00	4.500,00

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
54.316,45 DM (27.777,56 €)	Keine	Entfällt	Zuschuss laut Bewilli- gungsbescheid der Bezirksregierung Arns- berg vom 22.06.2001 i.H.v. 54.612,50 DM	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erfor- derlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.000.7171.1
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro des Bürgermeisters/Geschäftsstelle Ausländerbeirat
Bearbeitet von: Herrn Engemann

Datum 13.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Betreff:

Verteilung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gem. § 20 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den der Stadt Siegen bewilligten Gesamtbetrag in Höhe von 28.203,76 € wie folgt zu verteilen:

Lfd. Nr.	Antragsteller/in	Projekt	beantragt	Zuschuss
1	Kekeli e.V.	Aktivitäten zur Gesundheitssituation in Togo	2.000,00	2.000,00
2	Ökumenische Aktionsgruppe für eine Welt e.V.	Plakatierungs-Aktion-Ausstellung-Vereinsraum	1.485,00	1.485,00
3	Evangelische Studentengemeinde ESG Siegen	1) Seminar: Gesundheitspolitik 2) Seminar: Der Einfluss Europas in Afrika – gestern und heute 3) Seminar: Aktuelle Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent	2.556,00	2.556,00
4	Arbeitskreis Valdivia	Verstärkung der Lobbyarbeit zu Gunsten dringender Anliegen in der Chilenischen Stadt Valdivia Realisierung konkreter Maßnahmen: Förderung ethischer Finanzdienstleistungen, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	2.500,00	2.500,00

5	Arbeitsgruppe ALTERAktiv	Vergrößerung der Arbeitsgruppe sowie die Verbesserung ihrer Medienkompetenz und –präsenz	2.530,00	0,00
6	Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein	Durchführung des Eine Welt Festes 2002	2.556,00	2.556,00
7	Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen	Vernetzung der Eine Welt Gruppen in Siegen-Wittgenstein	2.556,00	2.556,00
8	Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein	Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Kinder und Krieg. Das Eine Welt Forum beteiligt sich an dem landesweiten Kooperationsprojekt „Krieg ist kein Spiel“	511,00	511,00
9	Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein	Einrichtung eines Internetauftritts für das Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein	2.556,00	2.556,00
10	Aktion Eine Welt St. Michael e.V.	Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen der Entwicklungspolitik und zum fairen Handel	2.075,00	2.075,00
11	Zentrum für Friedenskultur	Bilder-Sprache der Welt, Kinder Medien-Konferenz: Interkulturelle Verständigung zwischen deutschen, brasilianischen und indigenen (Indios) Kindern und Jugendlichen über ihre jeweiligen kulturellen Erfahrungen und Wünsche	2.750,00	1.500,00
12	Arbeitskreis Lepra-hilfe der Pfarrgemeinde St. Marien	Leprazentrum Cmpo - Grande Brasilien Effektivierung entwicklungspolitischen Engagements für die Rehabilitation Lepröser Menschen und die Ausrottung der Krankheit	1.650,00	1.390,00
13	Tanzania-Arbeitskreis der Evang. Kirchengemeinde Klafeld	Kosten für Poster, Kartons und Folien, 2 stabile Klappstühle zur Ausstellung der Produkte, Fahrt- und sonstige Kosten, Klappstühle	300,00	300,00
14	Dicop (Disadvantaged Children's Outreach Programme)	Besuchsreise von Herrn Wörster, dem Leiter von Dicop in Südafrika, ins Siegerland	990,00	990,00
15	Terre des hommes	Straßenkinderprojekt	2.556,00	2.556,00
16	Eine Welt Kreis im Pfarrverband Hütental	Jubiläen und Öffentlichkeitsarbeit	2.300,00	2.300,00
17	Gustav-Heinemann-Friedensgesellschaft	Veranstaltungen zum Thema Globalisierung „One World“	707,00	372,76

Sachverhalt / Begründung:

Mit Bescheid vom 28.05.2002 bewilligte die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Siegen auf der Grundlage eines Pauschalbetrages von 0,26 €/je Einwohner (Stand: 31.12.2000) insgesamt 28.203,76 € als pauschalisierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002.

Die Mittel werden der Stadt Siegen mit einem weit definierten Verwendungsrahmen zur Verfügung gestellt. Die Bewilligung und Auszahlung bedürfen keines Antrages.

Kommunale Entwicklungsarbeit ist ein Teil der kommunalen Selbstverwaltung und an die „örtliche Gemeinschaft“ (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) gebunden. Die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit gehört nur dann zum kommunalen Aufgabenbereich, wenn diese in der örtlichen Gemeinschaft „verwurzelt“ ist. Der Bezug zur örtlichen Gemeinschaft ergibt sich insbesondere aus dem Anteil, den einzelne Bürger, Kirchengemeinden, Verein und sonstige lokale Initiativen an der Pflege kommunaler Außenbeziehungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nehmen oder nehmen können. Je mehr Bürger sich für eine bestimmte Maßnahme engagieren und je dauerhafter die Zusammenarbeit angelegt ist, um so größer sind die rechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde, dieses Engagement durch Finanz- und Sachmittel zu unterstützen. Deshalb sollten die Projekte für die Bildungs- und Informationsarbeit in der Gemeinde dienlich sein. Die Mittel können für die Unterstützung der örtlichen Vereinstätigkeit einer Organisation bestimmt sein, die für die Idee der "Einen Welt" oder bestimmte Maßnahmen und Projekte in einer Partnerschaft wirbt (Eine-Welt-Zentren, Eine-Welt-Gruppen, Aktionsprogramme, Schulpatenschaften).

Es bieten sich folgende Förderungsmaßnahmen an:

- Einrichtung oder Förderung von Informationszentren, "Dritte-Welt-Läden" oder "Eine-Welt-Zentren",
- Förderung im Rahmen der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit durch Mitteilungen, Gemeindeversammlungen und Ausstellungen mit dem Ziel der Information,
- Benennung von Ansprechpartnern für kommunale Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der Verwaltung,
- Einbeziehung ausländischer Bürger und Einwohner in die Planung und Durchführung einzelner Projekte,
- Unterstützung lokal verankerter Projektarbeit durch Haushaltsmittel, Räume, Personal.

Die Zuweisungsmittel sollen unter Beachtung gleichstellungspolitischer Interessen eingesetzt werden. Die Unterstützung von Projekten in Entwicklungsländern, die von Vereinen, Gruppen oder einzelnen Bürgern partnerschaftlich durchgeführt werden, ist zulässig, wenn eine ausreichende Einbindung in die örtliche Gemeinschaft sichergestellt ist und sie sich auf Gegenstände bezieht, die auch nach hiesigem Rechtsverständnis Angelegenheiten der Gemeinde sind. Der Begriff "Eine Welt" umfasst auch eine kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit den Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Konzepte und Maßnahmen zur Verwirklichung der "Lokalen Agenda 21" sind förderungsfähig, soweit sie einen Bezug zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit haben.

Es wird zugelassen, dass die Zuweisungsmittel von den Kommunen an Dritte weitergeleitet werden.

Es handelt sich um eine Zuweisung im Sinne von § 15 des Haushaltsgesetzes 2002 des Landes vom 19.12.2001 (GV. NRW. 2001 S. 876), von daher sind die Mittel bestimmungsgemäß zu verwenden.

Der Vorlage eines formellen Verwendungsnachweises nach der VVG zu § 44 LHO mit entsprechender Prüfungsverpflichtung durch die Bewilligungsstelle bedarf es allerdings nicht. Jedoch ist bis zum 31.12.2003 eine schriftliche Bestätigung einzureichen, dass die Landesmittel für geeignete Projekte einer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt worden sind. Eine nicht bestimmungsgemäße Verwendung kann zur Rückforderung der Mittel führen.

Aufgrund diverser Anfragen im Bewilligungsverfahren 1996 gründete sich Ende 1996 das EINE WELT FORUM Siegen-Wittgenstein, ein Zusammenschluss von kirchlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen. Aufgabe des EINE WELT FORUM's ist es, die entwicklungspolitischen Hilfeleistungen der einzelnen Gruppen zu koordinieren und zu vernetzen. Dazu zählt auch die Prüfung der Anträge auf Mittelzuteilung nach einem mit der Stadt Siegen abgestimmten Kriterienkatalog. Dieser ist der Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Der Beschlussvorschlag ist identisch mit dem Vorschlag des EINE WELT FORUM's zur Verteilung der Mittel.

17 Organisationen haben Finanzmittel mit einem Gesamtvolumen von 31.871,00 € beantragt. Zur Zuschussbemessung der einzelnen Anträge hat das EINE WELT FORUM einen Förderbetrag nach Gemeindefinanzierungsgesetz in Höhe von 27.923,00 € angenommen, da zum Zeitpunkt der Mittelverteilung die Zuweisungshöhe zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 durch die Bezirksregierung Arnsberg nicht abschließend feststand. Die Bewertung bei Anwendung des Kriterienkataloges hat bei den Anträgen bzw. beantragten Einzelmaßnahmen zu Kürzungen geführt. Bei Antrag Nr. 5, Alter Aktiv, waren keine förderfähige Kosten erkennbar, so dass hier keine Bezuschussung erfolgen soll.

Der nachträglich eingereichte Antrag Nr. 17, Gustav-Heinemann-Friedensgesellschaft, soll nach Auffassung des EINE WELT FORUM's eine Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages (372,76 €) zwischen der tatsächlichen Zuweisung von 28.203,76 € und dem bei der Bemessung angenommenen Zuweisungsbetrages von 27.923,00 € erhalten.

Die eingereichten Anträge sind dieser Vorlage als Anlage 2 beigelegt.

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
28.203,76 €	Keine	Entfällt	Zuschuss laut Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 28.05.2002 i.H.v. 28.203,76 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 28.203,76	Haushaltsstelle 1.900.0511.9 1.000.7171.1
-----------------------------------	---	-------------------------------	---	---

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Heiko Erner und Manfred Reisch

Datum
18. Juni 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

03.07.2002

Rat

17.07.2002

Betreff:

Haushalt 2002

hier: a) Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002

b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- a) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie der in dieser Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung und
- b) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

a) Genehmigung des HSK's 1994 für das Haushaltsjahr 2002

Mit Verfügung vom 22. Mai 2002, die als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt ist, hat der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 **"trotz weiterhin erheblicher Bedenken"** genehmigt.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Landrates zur negativen Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Siegen werden von der Verwaltung geteilt. Die Gründe, die

zu dieser schon als dramatisch zu bezeichnenden Entwicklung geführt haben, wurden in den vergangenen Haushaltsplanberatungen und auch bei anderen Anlässen wiederholt dargestellt und erörtert.

Dies vorangestellt, enthält die Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein jedoch einzelne Aussagen, die aus Sicht der Verwaltung einer besonderen Bewertung bzw. Klarstellung bedürfen.

Grundsteuer A und B

Die Hebesätze für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe / 190 v. H.) sowie die Grundsteuer B (sonstige Grundstücke / 390 v. H.) wurden vom Rat der Stadt Siegen zuletzt in der Sitzung am 28.02.2001 mit Wirkung ab 01.01.2001 um jeweils 20 Prozentpunkte angehoben.

Dass der Hebsatz der **Grundsteuer A** (190 v. H.) damit trotzdem noch unter dem Landesdurchschnitt von 217 v. H. liegt, ist richtig. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Einnahmen "Grundsteuer A" bei einem Haushaltsansatz für 2002 von 21.000 € lediglich rd. 0,01 % des Gesamteinnahmenvolumens des Verwaltungshaushalts ausmachen. Eine Anhebung auf den landesdurchschnittlichen Hebesatz würde eine voraussichtliche Mehreinnahme von rd. 3.000 € bewirken.

Der Hebesatz für die **Grundsteuer B** (390 v. H.) liegt mit "lediglich" 1,83 % über dem vom Landrat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens herangezogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz von 383 v. H..

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Innenminister des Landes NW mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 auch eine Aktualisierung des Schlüsselzuweisungssystems beabsichtigt. Danach ist u. a. auch eine Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern vorgesehen. Für die Stadt Siegen bedeutet dies, dass z. B. der fiktive Hebesatz bei der Grundsteuer B von bisher 330 v. H. auf voraussichtlich dann 401 v. H. steigen wird. Das heißt, dass der Stadt eine höhere Steuerkraft angerechnet wird, die wiederum nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen nach sich zieht.

Zur Forderung des Landrates (Erhöhung der Hebesätze) wird, auch unter Berücksichtigung der landesseitig vorgesehenen Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern, rechtzeitig verwaltungsseitig ein Vorschlag zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

Kostendeckung in aus Gebühren bzw. Entgelten finanzierten Bereichen

Bezüglich der "als nicht in allen Fällen gegeben" kritisierten größtmöglichen Kostendeckung in Bereichen, die in der Regel ganz oder zu einem großen Anteil über Gebühren, Entgelte o. ä. zu finanzieren sind ist festzustellen, dass die in einigen Einrichtungen gestiegenen Zuschussbedarfe überwiegend durch höhere Personalausgaben aufgrund tarifvertraglicher Erhöhungen ausgelöst worden sind. Sofern bei den kostenrechnenden Einrichtungen nicht bereits eine Vollkostendeckung gegeben ist (z. B. in den Bereichen Rettungsdienst, Straßenreinigung, Abfallbeseitigung), werden

- nach Auswertung der jeweiligen jährlichen Betriebsabrechnungen - kontinuierlich Gebührenanpassungen vorgenommen.

Darüber hinaus ist die Verwaltung ständig bemüht, auch eine Verbesserung der Kostendeckungsgrade bei nicht kostenrechnenden Einrichtungen (z. B. Musikschule, VHS, Bäder) zu erreichen.

Freiwillige Leistungen

Die freiwilligen Leistungen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle der Höhe nach gleich geblieben. Ausgabeerhöhungen mussten allerdings zwangsläufig dort vorgenommen werden, wo entsprechende vertragliche Regelungen (z. B. Freiwillige Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen) bestehen oder dies aus sonstigen unabweisbaren Gründen unvermeidbar war.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass auch dieser Bereich ab sofort bei den weiterhin uneingeschränkt erforderlichen Konsolidierungsbemühungen nicht mehr tabuisiert werden darf, wenn die Erwartungen, die mit der Genehmigungsverfügung ausgesprochen wurden, erfüllt werden sollen.

Steigerungsraten bei Personal- und Sachausgaben

Die Steigerungsrate bei den **Personalausgaben** insgesamt beträgt gegenüber dem Vorjahr 1,4 % (Orientierungsdaten 1 %). Bereits im HSK (Seite 7 ff.) wurde dargelegt, dass unter Berücksichtigung der Tarif- und Besoldungserhöhungen die Orientierungsdaten nicht einzuhalten sind und der Forderung des Handlungsrahmens nach Absenkung der Personalausgaben nicht entsprochen werden kann. Gleichzeitig wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Personalkostensteigerung von 1 % (Orientierungsdaten) in den Folgejahren nur dann einzuhalten ist, wenn moderate Tarifabschlüsse erfolgen.

Was die angesprochene Steigerungsrate im sogenannten „**Sachkostenbereich**“ betrifft, so ist diese im Wesentlichen auf die Erhöhung der Deponiegebühren durch den Kreis Siegen-Wittgenstein zurückzuführen. Darüber hinaus sind anteilig Mittel der sog. "Schulpauschale" zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen eingeplant.

Netto-Neuverschuldung

Richtig ist, dass im aktuellen Investitionsprogramm 2001 – 2005 für das Haushaltsjahr 2003 eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ausgewiesen wird. Die Fortschreibung des Investitionsprogramms muss daher mit der Zielsetzung erfolgen, dass im Haushaltsjahr 2003/Folgejahre keine Netto-Neuverschuldung entsteht. Dies bedeutet eine Verschiebung und Umschichtung von Investitionen oder eine kreditunabhängige Finanzierung.

Veranschlagungen im Haushaltsplan und HSK

Wie in der Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein zutreffend dargestellt, sind einige Veranschlagungen – auch aus der Natur der Sache – mit erheblichen Unsicherheiten verbunden (Steuern, Finanzzuweisungen u. a.).

Grundlage dieser Veranschlagungen waren die zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen des Innenministeriums, Städtetages etc. zur voraussichtlichen Entwicklung.

Die Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung wird zeigen, inwieweit sich die damaligen Annahmen bestätigen bzw. ob grundlegende Änderungen vorzunehmen sind. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand bereits jetzt davon ausgegangen werden muss, dass zumindest die Schlüsselzuweisungen 2003 nicht in der erwarteten Höhe realisiert werden können.

Ziel des frühzeitigen Haushaltsausgleichs; Bildung einer allgemeinen Rücklage

Auch von Seiten der Stadt Siegen wird angestrebt, in der Mittelfristigen Finanzplanung so früh wie möglich einen originären Haushaltsausgleich sowie einen Haushaltsausgleich einschließlich der Abdeckung aller Altfehlbeträge darzustellen. Sobald dieses prioritäre Ziel der Haushaltskonsolidierung erreicht wird, ist die Ansammlung einer allgemeinen Rücklage vorzunehmen.

In Bezug auf die Haushaltslage der Stadt Siegen muss jedoch noch einmal deutlich herausgestellt werden, dass im Wesentlichen externe und damit nicht zu beeinflussende Faktoren, wie z. B. wegbrechende Steuereinnahmen oder ständig steigende gesetzlich bedingte Ausgabeverpflichtungen, ursächlich für das Nichtgelingen der Haushaltskonsolidierung innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Finanzplanungszeitraumes sind. Die bereits erfolgreich umgesetzten eigenen Konsolidierungsbemühungen werden dadurch immer wieder konterkariert.

b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Wie im Haupt- und Finanzausschuss am 05. bzw. im Rat der Stadt Siegen am 19.06.2002 berichtet (Verwaltungsvorlage Nr. 1964/2002 vom 22.05.2002), lässt der Bewirtschaftungsstand nach Ablauf von vier Monaten erkennen, dass im laufenden Haushaltsvollzug wiederum erhebliche Mindereinnahmen (bei der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) zu erwarten sind. Insofern wurden bereits über die verfügbaren Bewirtschaftungsrichtlinien hinausgehende einschränkende haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (Haushaltssperre) angekündigt.

Die sich nach derzeitigem Erkenntnisstand abzeichnende **Fehlbetragsausweitung (möglicherweise bis zu rd. 12 Mio. €)** ist weder durch eine auch weiterhin äußerst restriktive Ausgabenbewirtschaftung noch durch eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 GemHVO vollständig aufzufangen. Ungeachtet dessen müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, um einer Verschlechterung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entgegenzuwirken. Eine entsprechende Forderung hat auch der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein in der v. g. Genehmigungsverfügung zum Haushalt 2002 erhoben.

Nach § 28 GemHVO kann der Kämmerer, wenn die Entwicklung der Einnahmen

oder Ausgaben es erfordert, die Inanspruchnahme von Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen sperren. Der Rat kann diese Sperre wieder aufheben.

Mit Verfügung vom 18.06.2002 wurde eine **haushaltswirtschaftliche Teilsperre** in Höhe von

10 %

der sog. disponiblen Ausgabeansätze nach § 28 GemHVO verfügt. Wegen der ohnehin bereits äußerst stringent gebildeten Haushaltsansätze des Jahres 2002 sind weitergehende und kurzfristig wirkende Eingriffe in die laufende Bewirtschaftung kaum möglich. Allerdings ist es aber auch zur Verhinderung von weiteren Fehlbetragsausweitungen zwingend erforderlich, dass die Haushaltssperre in voller Höhe in den jeweiligen Budgetbereichen bzw. im Gesamthaushalt "greift".

Ausgenommen von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind Leistungen, zu denen die Stadt Siegen aufgrund von gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen verpflichtet ist. Aufgrund der als dramatisch zu bezeichnenden Haushaltslage ist es in diesem Jahr jedoch erstmalig unumgänglich, auch die freiwilligen Zuschüsse in die 10 %ige Sperre mit einzubeziehen.

Die konkreten Umsetzungsmodalitäten der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind aus der als Anlage 2 beigefügten Verfügung vom 18.06.2002 an alle Fachbereiche / Institute zu entnehmen. **Dabei ist darauf hinzuweisen, dass von den einzelnen Organisationseinheiten ein an den disponiblen Mitteln orientierter 10 %iger Konsolidierungsbeitrag verlangt werden muss. Die Einsparvorgaben je Organisationseinheit sind in der Anlage 3 dargestellt.**

Um den Gesamtkonsolidierungsbeitrag je Organisationseinheit absichern zu können, werden zunächst die ermittelten Beträge haushaltsstellenscharf gemäß Anlage 3 gesperrt. Jede Organisationseinheit hat jedoch die Möglichkeit, die verfügte Sperre auszutauschen mit der Maßgabe, dass der zu entsperrende Betrag zu einer adäquaten Einsparung bei einer anderen Haushaltsstelle führt. Ebenfalls wird die Haushaltssperre dann aufgehoben, wenn nachweislich unabweisbare Ausgabenbedarfe in Höhe der gesperrten Beträge vorliegen.

Bei voller Umsetzung der Haushaltssperre kann, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen genommen, ein Betrag von rd. 1,65 Mio. € "erwirtschaftet" werden.

Nach § 29 GemHVO ist der Rat unverzüglich zu unterrichten, wenn eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 28 GemHVO angeordnet wird. Dieser Verpflichtung komme ich hiermit nach.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen: 3

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
27.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss III - Ost	06.06.2002
Bauausschuss	10.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	03.07.2002
Rat	17.07.2002

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung;
hier: ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
➤ Aufstellungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Sachverhalt / Begründung:

2.1 Ausgangslage

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen größtenteils bebauten Alt-Standort an der Kirlestraße in Feuersbach.

Der Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" ist seit dem 25.09.1968 rechtsverbindlich und durch eine 1. vereinfachte Änderung vom 01.07.1972 angepasst worden.

Auf der Südseite der vorhandenen Bebauung unterhalb der Kirlestraße und durch einen Wirtschaftsweg erschlossen liegen zwei landwirtschaftliche Flächen, die teilweise mit Fichten bepflanzt sind.

2.2 Städtebauliches Ziel

Es ist städtebauliches Ziel, diese beiden ca. 3.000 m² großen Flächen im Rahmen der Innenentwicklung als Arrondierung der Wohnbebauung durch eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" umzuplanen.

Im FNP der Stadt Siegen sind diese Flächen bereits als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) dargestellt.

Das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Siegen sieht die Erschließung dieses Wohngebietes an der Kirlestraße für den Zeitraum 2003 bis 2005 vor.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlage: 1